Vossische Zeitung
16.IV.1917
203

№ 247
Mittwoch (Morgen)

Zweite Beilage zur Vossischen Zeitung.

1917
16. Mai

Kriegsziele und innere Politik im Reichstag.

Reichstagssitzung vom 15. Mai. (Fortsetzung.)

Abg. **Ledebour** (U. Soz.; fortfahrend): Welche Folgerungen zieht die Partei Scheidemann aus dem heutigen Bekenntnis des Reichskanzlers zu Annexionen? Die Machthaber sorgen dafür, daß es in Deutschland ebenso kommt wie in Rußland. (Unruhe.) Werden die Zustände nicht andere, so wird auch bei uns mit der russischen Protopopowerei aufgeräumt werden. (Abg. Waldstein ruft mit einem Hinweis auf das leere Haus: So wie Sie das Haus geräumt haben!) Ich brauche Sie, Herr Waldstein, und Ihre Freunde nicht als Zuhörer. (Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Sache.) Ich habe nur alle meine Angriffe auf den Abg. Waldstein vereinigt. (Abg. Waldstein: Ich verzichte! — Der Abg. Waldstein verläßt unter allgemeiner Heiterkeit den Saal.) Im Verfassungsausschuß werden wir die Einführung der Republik verlangen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Abg. Dr. **David** (Soz.): Der Vorredner will den Frieden dadurch fördern, daß er die Gegensätze zwischen seiner und meiner Fraktion vertieft. Ueber sozialdemokratische Grundsätze werden wir uns mit Herrn Ledebour nie verständigen. Die Erklärungen des Reichskanzlers haben uns keineswegs voll befriedigt. Die letzte Klarheit ist nicht gebracht worden. Anderseits erkenne ich an, daß die Ausführungen außerordentlich wertvolle Momente geboten haben. Das Wertvollste sehe ich in der Erklärung hinsichtlich unserer Friedenswünsche mit Rußland. (Sehr richtig!) Die Erklärungen des Kanzlers waren taktisch auf die feindlichen Staatsmänner berechnet. Sie waren damit an eine falsche Adresse gerichtet. Sie mußten an die breiten Massen sich wenden. Die Friedensströmungen von unten in den feindlichen Ländern müssen gefördert werden. Ein russisches Friedensangebot besteht nicht, das ist eine Uebertreibung. Bedauerlich ist, daß der Reichskanzler nicht auch die Bereitschaft zum Frieden ohne Einverleibung und Entschädigung nach Westen hin ausgesprochen hat. In Rußland hängt nur eine sehr kleine Schicht dem Gedanken eines Sonderfriedens an. Wir müssen jetzt erwarten, daß die maßgebenden Herren in Petersburg entsprechend auf die Entente einwirken. Angesichts der zunehmenden Friedensstimmung in Rußland ist es ein Verbrechen, zu einer Offensive gegen Rußland aufzufordern. (Zurufe: Wo?) In der „Deutschen Tageszeitung" vom Sonntag, gezeichnet „E. R.". Es wird gesagt, Rußland zersetze sich immer mehr, wir sollten ihm einen Sonderfrieden militärisch abzwingen. Die große Mehrheit unseres Volkes will eine abwartende Politik gegenüber Rußland. Wenn es um die Verteidigung des Landes geht, wird die russische Armee widerstandsfähig sein. Die Russen verteidigen jetzt nicht nur ihr Land, sondern die Freiheit, die bedroht ist, wenn die Deutschen einmarschieren. Die alldeutschen Eroberungsziele sind nicht nur gefährlich und undurchführbar, sondern auch unchristlich.

Am Sonntag haben in einer alldeutschen Kundgebung zwei Theologen, Mumm und Seeberg, die Eroberung von Gebieten, die wir noch gar nicht haben, gepredigt. Sie mögen doch den Schlachtengott Wodan auf den Piedestal erheben und ihn in die Spitze einer Eroberungswalhalla stellen. (Sehr gut! links.) Die Formel „Keine Annexionen, keine Kontributionen" ist im besten Sinne des Wortes national, denn sie ist ein Schutz für uns. Gelingt es, die Sozialisten aller Länder in Stockholm darauf festzulegen, dann ist das eine Absage an die Kriegsziele der Entente. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir denken nicht daran, unserem Volk einen Frieden aufzuzwingen, der es der Verelendung preisgibt. Uns liegt die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes durchaus am Herzen. Aber selbst eine noch so hohe Kriegsentschädigung kann uns die wirtschaftliche Freiheit nicht sichern. Den Haß der ganzen Welt werden wir uns zuziehen, und man muß geradezu von Machtwahnsinn befallen sein, wenn man glaubt, wir könnten dieser Welt von Feinden standhalten. Wir wollen einen Frieden, der keinen Stachel zurückläßt. Dieser Friede liegt auch im Interesse der freiheitlichen Entwicklung unseres Volkes. Die Schuld, die die Alldeutschen mit ihrer Agitation auf sich geladen haben, werden sie einst büßen müssen. Es ist eine bodenlose Unverschämtheit der konservativen Presse, so zu tun, als ob sie allein die nationale Gesinnung gepachtet hätten. Die Politik der Rechten aber führt in Wirklichkeit zum Verderben, zum Untergang. Scheidemann hat mit der Revolution nicht gedroht. (Widerspruch rechts.) Er hat nur von der Möglichkeit einer Revolution gesprochen, die eine Folge Ihrer Politik sein muß, die wir aber nicht wünschen. (Sehr wahr! b. d. Soz. — Lachen rechts.) Das deutsche Volk setzt alles ein, um sich nicht niederwerfen zu lassen. Aber es verlangt, daß anerkannt wird, daß jeder einzelne gleichberechtigt ist, daß alle Vorrechte abgeschafft werden. Das ist unser vaterländisches Ideal und diesem vaterländischen Ideal gehört die Zukunft. (Beifall b. d. Soz.)

Keine Klarheit.

Abg. **v. Graefe** (kons.): Das ganze Volk war gespannt auf die Antwort des Kanzlers. Die letzten Reden sind dieser Spannung nicht gerecht geworden. (Lachen links.) Mir sind die Dinge ernster als Ihnen. (Erneutes Lachen links.) Mit geradezu lechzendem Durst hat man der Antwort des Kanzlers geharrt. Hat die Antwort diese Klarheit gebracht? Nein. (Sehr richtig! rechts.) Es geht nicht um kleine Meinungsverschiedenheiten, mit dem berühmten Mittelweg kam man hier nicht aus. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollten wissen, für welche Richtung sich die Regierung entscheidet, denn zwei Weltanschauungen stehen einander gegenüber, die nichts miteinander zu tun haben, die sich wie Feuer und Wasser voneinander scheiden. (Sehr richtig! rechts. — Huhu-Rufe links.) Hier gab es nur wie für Herkules am Scheidewege ein Entweder — Oder, kein Vermitteln, sondern nur ein Sitzen zwischen den berühmten zwei Stühlen. (Sehr gut! rechts.) Einen kleinen Erfolg hat unsere Interpellation wenigstens gehabt, wenn die bürgerlichen Parteien haben vom Scheidemann-Frieden abrücken müssen. (Große Unruhe und lebhafte Zurufe links und im Zentrum.) Wollen Sie das schon wieder zurücknehmen? (Unruhe links.) Dieses Verhalten beweist, daß auch hier, wo sonst die Mehrheitsverhältnisse nach unserer Ansicht nicht immer den Mehrheitsverhältnissen außerhalb des Hauses entsprechen (Stürmisches Gelächter links), wenigstens eine Mehrheit gegen den Scheidemann-Frieden besteht. (Sehr richtig! rechts.) An der Antwort des Kanzlers geben wir zu, daß sie sich zu den Scheidemannschen Aeußerungen etwas mehr ablehnend verhält als bisher. (Hört, hört! rechts und bei den Unabhängigen Sozialisten.) Aber die Wendungen des Kanzlers waren nach wie vor zweideutig, und Dr. David hat ja auch schon erklärt, sie hätten ihn zwar nicht völlig, aber doch wohl etwas befriedigt. (Hört, hört! rechts und bei den Unab. Soz.) Wenn man die Rede des Kanzlers auf ihren inneren Kern prüft, wird man finden, daß Dr. David nicht unrecht hatte, denn der Kanzler hat ausschließlich aus taktischen Gründen im Augenblick abgelehnt, einen Scheidemann-Frieden zu proklamieren. Wir verlangen, daß die Regierung grundsätzlich mit uns für einen Frieden eintritt, der den gebrachten Opfern entspricht. (Sehr wahr! rechts.)

Also, der Kanzler hat nicht die Antwort gegeben, die wir erwartet hatten, und draußen im Lande, wo man nicht so unter dem suggestiven Einfluß einer temperamentvoll vorgetragenen Rede steht, wird der Eindruck erst recht nicht befriedigen. (Sehr richtig! rechts und b. d. Unabh. Soz.) Das wollen wir mit aller Ruhe und mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck bringen. Wir haben keine Klarheit in der Kanzlerrede finden können. (Abg. Ledebour: Wir auch nicht! — Lachen links und in der Mitte.) Dann aber können wir auch nicht verlangen, daß im Volke Beruhigung eintritt. In ihren Versammlungen haben auch Vertreter der Mittelparteien in unserem Sinne gesprochen. Ihre Wähler können doch verlangen, daß diese Abgeordneten auch hier im Reichstag Farbe bekennen: hic Rhodus, hic salta! (Sehr richtig! rechts und b. d. Unabh. Soz.) Der Abg. Stresemann hat in München darüber Klage geführt, niemand wisse, was der Kanzler wolle. Weiß er es heute? Dr. Thoma kennt doch seine berühmte Autogeschichte. (Sehr gut! rechts.) Hat er jetzt Vertrauen zum Kanzler? Unser neuer Kollege Stubmann hat vor einigen Tagen in Hamburg unter stürmischem Beifall in einer Rede den Kanzler aufgefordert, er möge sich gegen den törichten Frieden Scheidemanns erklären. Das ganze Deutschland würde ihm zujubeln. (Hört! Hört! rechts.) Was will Herr Stubmann nun tun? „Das deutsche Volk verlangt Gewißheit darüber, ob wir wirklich gewillt sind, nur um einen möglichst schnellen Frieden zu bekommen, alles herauszugeben, was wir haben. An der Beendigung des Krieges ist auch das deutsche Volk nicht ganz unbeteiligt. Die Regierung muß sagen, was sie will. Das deutsche Volk besteht nicht nur aus Sozialdemokraten." Das hat nicht Graf Reventlow geschrieben, sondern Georg Bernhard in der liberalen „Vossischen Zeitung". (Lachen links. — Hört! Hört! rechts.) Aehnlichen Gedankengängen hat der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Traub Ausdruck gegeben. (Hört! Hört! rechts.) Wir haben aber keine Klarheit bekommen, beim besten Willen nicht, ich kann mir nicht helfen. (Zurufe links: Es scheint so! — Heiterkeit.) Sie helfen mir erst recht nicht. (Sehr richtig! rechts.)

Kanzler und Oberste Heeresleitung.

Ich habe einen ganzen Stoß Briefe von der Front bekommen, von wildfremden Musketieren, die empört sind über die annexionslose Politik. Man will nichts wissen von einem faulen Frieden. Es ist zum Verzweifeln, wenn man Leute hört, die mit der Wilhelmstraße Verbindung haben, von Leuten mit und ohne Titel, mit und ohne Aemter. (Sehr richtig! rechts.) Unsere militärische Lage ist so günstig wie noch nie. Unsere U-Boote haben begeisternde Erfolge zu verzeichnen. Das berechtigt uns dazu, daß wir einen Frieden verlangen können, der uns etwas Positives bringt. (Beifall rechts.) Kein Wort in der Kanzlerrede wird dazu beitragen, die Beunruhigung im Volke zu beseitigen. Der Kanzler sagte, er befände sich in Uebereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung. Ich hoffe, daß da kein Mißverständnis vorliegt. (Große Unruhe links.) Die Worte des Kanzlers sind ja immer zweifacher Auslegung fähig. Da könnte man vielleicht auch im Hauptquartier eine andere Auffassung haben. (Große Unruhe. Der Präsident rügt diese Ausdrucksweise.) Ich behaupte nicht, daß der Kanzler absichtlich zweideutig spricht, sondern nur, daß man seine Wort so und so verstehen kann. Ich hoffe, daß diese Uebereinstimmung mit dem Hauptquartier von Dauer sein wird.

Einen gewissen Erfolg hat unsere Interpellation gehabt, obgleich wir den Kanzler nicht zur Klarheit zwingen können. Das Volk weiß wenigstens, daß wir den Versuch dazu gemacht haben. Hat der Kanzler nun mit seinen Worten einen Kristallisationspunkt geschaffen, um den sich das Volk in seiner Begeisterung sammeln kann? Leider nicht. (Zustimmung rechts.) Es fehlt die politische Führung. Das übt einen traurigen Eindruck auf die großen Massen aus, auch auf die Arbeiterschaft, die zum großen Teile unserer Ansicht ist. (Gelächter der Soz.) Im August 1914 standen wir mit den Arbeitern in heller Begeisterung zusammen. Allgemein war die Meinung, daß ein Friede errungen werden muß, der unsere Zukunft sichert. Nun aber hat die Regierung die Führung der Arbeiterschaft den Parteiführern überlassen. Damit hat sich die Stimmung geändert. Man steht vor einem Rätsel und fragt sich, warum der Kanzler dem deutschen Volke nicht erklärt hat: die Regierung denkt nicht an einen Scheidemann-Frieden, solange unsere militärische Stellung einen solchen Frieden nicht nötig macht. Das wollten wir wissen, und das haben wir nicht gehört. (Zustimmung rechts.) Keiner von uns hat von Eroberungsplänen gesprochen. (Großes Gelächter links.) Ich wundere mich, daß der neue Block, der alles machen will, so etwas andeutet. Keiner von uns hat so etwas gesagt. (Lachen links.) Wir wollen nur von dem Lande, das wir besetzt haben, nicht freiwillig wieder alles aufgeben, sondern überlegen, was wir davon für unsere Zukunft brauchen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist kein Eroberungskrieg. (Zuruf links: Rückzugsgefecht!) Das sind nur die Folgen eines siegreichen Feldzuges. Wenn unsere Truppen von der Front hier wären und sähen, wie die Herren die Sache hier behandeln . . . (Große Unruhe und Heiterkeit links. Zurufe: Der neue Oldenburg!) Auch wir wollen den Frieden. (Widerspruch links.) Aber mit der Art, wie Sie diese Dinge behandeln, wird der Frieden verzögert. (Beifall rechts.) Es entspricht nicht der Würde der Abgeordneten, daß wir uns hier mit irgendwelchen unklaren Verklausulierungen abspeisen lassen. (Beifall rechts.) Daher befriedigt uns die Antwort des Kanzlers in keiner Weise. (Zustimmung rechts.) Ich fürchte, wenn die Regierung sich nicht entschieden gegen einen Scheidemann-Frieden ausspricht, daß wir schließlich doch noch einen solchen bekommen. Die Verantwortung dafür übernehmen wir dann nicht. Mancher wird später seine heutige Zustimmung zu der Politik des Kanzlers bereuen, wenn er die Kanzlerantwort auf Herz und Nieren prüft und sich nicht durch den äußeren Eindruck blenden läßt. (Zustimmung rechts.) Wenn der Kanzler uns nicht eine klare Antwort gibt, dann haben wir die Pflicht, zu rufen: Kaiser, höre Dein Volk! Höre Dein deutsches Volk! (Lebhafter Beifall rechts, Lachen links und im Zentrum.)

Persönliche Bemerkungen.

Damit ist die Aussprache über die Interpellationen erledigt, ebenso über die auswärtige Politik. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Man nennt den von uns gewünschten Frieden immer einen sozialdemokratischen Frieden. Was ist denn dieser „Scheidemannfrieden"? Es ist ein Frieden der Verständigung, bei dem die deutschen Interessen vollauf gewahrt werden sollen, der bald geschlossen werden soll, der keinen Stachel zurückläßt und ein freundschaftliches Zusammenleben aller jetzt im Krieg befindlichen Nationen in Zukunft ermöglichen soll. Wenn der Abg. v. Graefe als Bataillonsführer ebenso tüchtig ist wie als Politiker, dann möge man ihn nie wieder in den Krieg loslassen. (Große Erregung bei den Konservativen. Zuruf: Das ist keine persönliche Bemerkung!) Das war sehr persönlich. (Zuruf bei den Konservativen: Flegelei!) Die Entrüstung über meine Aeußerung bezüglich eines möglichen weltgeschichtlichen Ereignisses war ganz unangebracht, weil die Voraussetzung fehlt. Es müßte dann eine Regierung ans Ruder kommen, die so bodenlos dumm wäre, wie ich es für unmöglich halte. Sie würde keine drei Tage am Ruder sein, sie wird noch nicht einmal zusammengestellt werden können, selbst wenn der Alldeutsche Verband den Auftrag bekäme, sie aus seinen Mitgliedern zusammenzusetzen. (Unruhe rechts.)

Abg. **Mumm** (D. Fr.) wendet sich gegen Dr. David und dessen Kritik an seiner Versammlung im Zirkus Busch. Dr. David ist nicht Herr über mein Gewissen.

Die innere Politik.

Das Haus wendet sich dann der Aussprache über Fragen der inneren Politik zu. Ein Antrag Erzberger (Ztr.), Westarp (kons.), Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Vpt.), Dr. Stresemann (ntlb.) verlangt die Ausschaltung der elsaß-lothringischen Fragen und der Schutzhaft aus der Erörterung.

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsaussprache.

Abg. **Wendel** (Soz.): Das widerspricht den Abmachungen. Der Deutsche Reichstag darf durch Stillschweigen keine Verantwortung für das Willkür- und Schreckensregiment in Elsaß-Lothringen mit übernehmen. (Zuruf rechts: Unerhört!)

Abg. **Ledebour** (U. Soz.): Es wäre eine Handlung gegen Treu und Glauben, wenn man die getroffenen Vereinbarungen nicht einhalten wollte.

Der **Präsident** ruft die Abg. Wendel und Ledebour zur Ordnung.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Der Berichterstatter kann den Bericht über die Ausschußverhandlungen noch nicht vorlegen. In einem solchen Falle war bisher eine Erörterung nicht üblich.

Abg. **Haase** (U. Soz.): Wenn man sich an solche Verabredungen nicht hält, dann müssen wir eben in Zukunft unsere eigene Taktik verfolgen.

Abg. Graf **Westarp** (kons.): Die Abmachungen bezogen sich nur auf die gleichzeitige Behandlung der Interpellationen.

Abg. Dr. **Stresemann** (ntlb.): Wenn kein Bericht vorliegt, können wir jetzt in die Beratung nicht eintreten.

Abg. **Groeber** (Ztr.): Wir haben Grund zur Annahme, daß die Regierung die einzelnen Fälle erledigen wird. Im Kriegsministerium herrscht jetzt ein anderer Geist.

Abg. **Dittmann** (U. Soz.): Das Verhalten dieser Parteien verstößt gegen Treu und Glauben. (Ordnungsruf.)

Abg. **Wendel** (Soz.): Viele Militärbefehlshaber verstoßen bewußt gegen diese Gesetze. Die Erklärungen Dr. Helfferichs waren verschwommen.

Abg. **Hauß** (Els.): Wir wollen keine fulminanten Reden halten sondern nur den Opfern der Schutzhaft nützen.

Das Haus beschließt mit großer Mehrheit, die elsaß-lothringische Frage und die Schutzhaft aus der Aussprache auszuschalten.

Abg. D Naumann (Vpt.):

Die Osterbotschaft des Kaisers hat ein Programm für die Neuorientierung verheißen, das eine nähere Besprechung erfordert. Im Kriege sind Staatsautorität und -allmacht in früher unerhörter Weise gewachsen. Mit dem Frieden wird das nicht verschwinden. Nachdem man jahrelang ertragen, was der Staat alles gebieten kann, wird ein Staatssozialismus übrig bleiben, der uns mit seiner Uniformität erdrücken muß, wenn die Staatsautorität nicht durchsetzt wird durch das Einbringen der vielen in das Entstehen des staatlichen Lebens. Als „staatserhaltend" haben sich die Leute in den Schützengräben erwiesen, wo es keine Klassifizierung gibt, ebenso aber auch das Volk in der Heimat, das durch Entbehrungen und Arbeit das Wirtschaftsleben aufrecht erhielt und die Armee mit allem nötigen versorgte. Der Krieg politisiert die Menschen und nach dem Kriege werden aus den Untertanen Bürger geworden sein, die die Träger des Friedens und auch des Neuaufbaues sein wollen. In der Geschichte des deutschen Volkes haben wir nicht so große Revolutionen gehabt, wie sie England und Frankreich gehabt haben und wie sie sich jetzt in Rußland zu vollziehen beginnt. Wir hoffen, daß auch jetzt das Hineinwohnen der Massen in die volle Mitwirkung des Staates mit Vernunft und Ueberlegung und unter beiderseitiger Verständigung vor sich gehen wird. Die übrige Welt ist der Auffassung, als ob wir uns noch im Mittelalter befänden. Unser Kaisertum wird draußen so wenig verstanden, daß man glaubt, man könne bei uns Kaiser und Volk trennen. Das Wachsen des Volksstaates und das Zurückgehen des bürokratischen Systems wird so hingestellt, als ob nun in Zukunft das Kaisertum bei uns unter eine parlamentarische Obervormundschaft gestellt werden soll. Nichts falscher als das. Das Streben nach dem Volksstaat ist in keiner Weise antikaiserlich. Man nennt das Hineinwachsen des Volksstaates in den bürokratischen Staat bei uns „parlamentarisches Regiment". Wir werden diesen Begriff in seiner ganzen Tiefe erst einmal mit deutscher Gründlichkeit und Historie durchdenken müssen, bis aus diesem Gedanken bei uns das geworden ist, was wir wünschen. Denn wir sind kein Einheitsstaat wie England und Frankreich, wir sind ein Etagenaufbau mit Kleinstaaterei, Mittelstaaten und mit dem Ueberstaat des Reiches. Dieses System mit seinen vielen Volksvertretungen und Ministerien hat eine Menge von Kompetenzen, in denen sich kaum die durchfinden können, die darin beschäftigt sind. (Sehr richtig! links.) In einem solchen Staat kann man nicht einfach wie in England ein Zweiparteiensystem errichten und man kann in ihm nicht eines Tages in einer feierlichen Sitzung den Beginn des parlamentarischen Regiments verkünden. So einfach liegen die Dinge nicht und wir wollen unserer Bevölkerung ganz offen sagen, daß bei uns der Uebergang zum nationalen Volksstaat schwieriger ist. Aber etliche Grundelemente dafür sind sichtbar schon vorhanden. Die Osterbotschaft verspricht das allgemeine und geheime Wahlrecht für Preußen. Das letzte notwendige Wort wird noch nicht mit der erforderlichen Klarheit ausgesprochen.

Das Wahlrechtsproblem.

Es gibt aber keine Gewalt, die dem preußischen und deutschen Volke nach diesem Krieg mit seiner Gleichheit des Todes eine Ungleichheit des Wahlrechts bieten dürfte. (Lebhafter Beifall links.) Man wird versuchen, Pluralsysteme auszudenken und man wird bei jedem Pluralsystem zu der Erkenntnis kommen: „für Friedenszeiten möglich," — hinter einem solchen Krieg aber geniert man sich, so etwas einzuführen, geniert man sich, jemand mehr Recht zu geben, weil er Kriegsgewinne gemacht hat oder weil er das größere Alter besaß und nicht mitkämpfen konnte. (Sehr gut! links.) Mit unausbleiblicher Logik geht die Entwicklung dahin, daß Preußen unter der Führung seiner Krone sich neu aufbaut nach dem Grundsatz: das ganze Volk muß es sein. (Stürm. Beifall links.) Der Kaiser muß auch als König von Preußen sagen: Ich